
14921/J XXVII. GP

Eingelangt am 27.04.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Rosa Ecker, MBA
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Schwangerschaftsabbrüche – Zahlen und Unterstützung**

Das Institut für Ehe und Familie berichtete auf seiner Webseite:¹

AT / Pro-Life: IMAS-Umfrage zu Schwangerschaftsabbrüchen in Österreich – mehr Unterstützung für Frauen gefordert

Jede zweite betroffene Frau in Österreich wird laut Umfrage vor einer Abtreibung unter „starken oder sehr starken Druck“ gesetzt.

Im Auftrag von #fairändern erhob IMAS in einer repräsentativen Befragung von über 1.000 Österreicherinnen und Österreichern ab dem 16. Lebensjahr die Einstellung der Bevölkerung zum Thema ungeplante Schwangerschaft / Schwangerschaftsabbruch. Bei einer Pressekonferenz am 07.03.2023 in Innsbruck präsentierten und kommentierten Petra Plonner, Vorsitzende #fairändern, Ines Gstrein, Österreichischer Bundesverband für Psychotherapie, Vorsitzende des Landesverbands Tirol, Marianne Hengl, Obfrau Verein RollOn Austria und Daniela Karall, Präsidentin der Österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde die Ergebnisse.

Großteil der Frauen bei Abtreibung unter äußerem Druck

Die Umfrage ergab, dass das Thema Abtreibung in Österreich als wenig präsent wahrgenommen werde. Nur rund 20 Prozent der Befragten gaben an, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. 51 Prozent der Befragten gehen von einem starken äußeren Druck auf Frauen im Schwangerschaftskonflikt in Richtung Abtreibung aus. „Der Druck auf die Frau ist oft enorm und er geht längst nicht mehr dahin, möglichst viele Kinder zu bekommen, sondern abzutreiben,“ sagte Petra Plonner dazu. Die Umfrage beweise ihrer Meinung nach die Dringlichkeit einer guten Beratung und einer verpflichtenden Bedenkzeit. Für Ines Gstrein fehle es bei diesem Tabuthema oft an Ehrlichkeit und Kompetenz. „Keine Schwangerschaft ist frei von Ängsten, Zweifeln, Unsicherheiten und kritischen Überlegungen. (..) aber auch kein Schwangerschaftsabbruch geht

¹ <https://www.ief.at/at-pro-life-imas-umfrage-zu-schwangerschaftsabbruechen-in-oesterreich-mehr-unterstuetzung-fuer-frauen-gefordert/>

spurlos an einer Frau vorbei“, so die Therapeutin. Der ungeheure Druck, unter dem Frauen in dieser Situation stehen, werde generell viel zu wenig gesehen.

Selbstbestimmte Entscheidung in Drucksituation?

Um Frauen eine selbstbestimmte Entscheidung zu ermöglichen, würden Frauen oftmals alleine gelassen, kritisierte Margit Haider. So führe der gängige Satz: „Die Entscheidung liegt ganz bei Ihnen – Abbruch oder Austragung“ mit expliziter Benennung der Selbstbestimmung oft zu Gegenteiligem: Betroffene werden allein gelassen. „Die gesamte Last der Entscheidung wird ihnen zugemutet, in größter Überforderung“, legte Haider dar. Im öffentlichen Diskurs fehle zudem die Unterscheidung zwischen ungeplanter und ungewollter Schwangerschaft. Zahllose ungeplante Kinder seien erfahrungsgemäß später das Glück ihrer Mütter und Väter, so Haider.

Auch eine 2022 veröffentlichte deutsche Studie hatte festgestellt, dass zahlreiche Frauen (rund 30 Prozent) von Dritten, allen voran vom Kindsvater unter Druck gesetzt werden, das Kind abzutreiben. Nicht selten scheinen Frauen also einen Schwangerschaftsabbruch zu erwägen, weil sie nicht die notwendige Unterstützung ihres Umfeldes – insbesondere die des Kindesvaters – erhalten oder sogar zu einem Abbruch genötigt werden. Damit relativiert sich die einseitige Argumentation, wonach Abtreibung vor allem eine selbstbestimmte Entscheidung von Frauen ist.

Mehr Unterstützung, Beratungsangebote und Statistik

Darüber hinaus ergab die Umfrage folgende Kernergebnisse:

- *77 Prozent der Bevölkerung wünschen sich mehr Unterstützung für Frauen im Schwangerschaftskonflikt, um ein Ja zum Kind zu ermöglichen*
- *75 Prozent sehen steigenden Druck Richtung Abtreibung bei Verdacht auf Behinderung*
- *84 Prozent wünschen sich mehr Unterstützung für Familien bei einer Verdachtsdiagnose*
- *84 Prozent erwarten sich, dass Ärzte vermehrt auf Beratungsangebote hinweisen*
- *80 Prozent der Befragten sind für eine Bedenkzeit vor einem Abbruch*
- *Mehr als zwei Drittel der Österreicher wünschen sich mehr Studien und Forschung zu Motiven und Statistik.*

Für Daniela Karall sei es unverständlich, dass immer noch keine validen Zahlen zum Schwangerschaftsabbruch vorliegen. „Es herrscht große Desinformation um das Thema und bei geschätzten 30.000 Abbrüchen pro Jahr können wir uns nicht erlauben, wegzuschauen. Es braucht dringend eine Statistik und eine Motivforschung zur Abtreibung in Österreich, wie es sie ja in den meisten anderen Ländern gibt, damit zielgerichtet und besser geholfen werden kann“, forderte die Ärztin.

Forderung nach Ende des „vorgeburtlichen Aussortierens“

Marianne Hengl, selbst im Rollstuhl, forderte bei der Pressekonferenz ein Ende des „vorgeburtlichen Aussortierens“ von Kindern mit Behinderung im Zuge der embryopathischen Indikation: „Es ist menschenunwürdig, dass bei Verdacht auf eine Behinderung ein Fötus über die Fristenregelung hinaus bis zur Geburt abgetrieben werden darf. Das ist eine niemandem zustehende Bewertung von

behindertem und nichtbehindertem Leben und eine schlimme Diskriminierung von behinderten Menschen.“ Gemeinsam mit 84 Prozent der Bevölkerung forderte #fairändern daher ein breitgefächertes Beratungs- und konkretes Hilfsangebot für Familien, die ein behindertes Kind erwarten. Die Umfrage zeige laut Petra Plonner, dass die Anliegen von #fairändern – egal wie man sonst zu dem Thema stehe – von allen gesellschaftlichen Kräften gut mitgetragen werden könnten.

Verbesserungen für ungeplant schwangere Frauen und den Schutz der Ungeborenen

#fairändern fordert u.a. eine Informationspflicht seitens der Ärztinnen und Ärzte in Bezug auf Beratungs- und Hilfsangebote sowie eine mindestens dreitägige Bedenkzeit vor einer Abtreibung. Eine Informationskampagne für einen Imagewandel rund um Adoption und Pflegestatus als Alternative sei ebenso notwendig wie die Abschaffung der sogenannten embryopathischen Indikation, die die Tötung des vermeintlich behinderten Kindes bis zur Geburt ermöglicht.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Sind Ihrem Ministerium Zahlen zu den erfolgten Schwangerschaftsabbrüchen in den Jahren 2019 - 2022 bekannt?
 - a. Wenn ja, wie hoch ist die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche pro Jahr?
 - b. Wenn nein, warum sind Ihnen diese Zahlen nicht bekannt?
 - c. Wenn nein, welche Schritte erwägen Sie, um diese Daten zukünftig zu ermitteln?
2. In wie vielen Fällen wurde beim Fötus jeweils der Verdacht auf eine Behinderung ermittelt?
3. Ist Ihrem Ministerium die oben genannte IMAS-Studie bekannt?
4. Ist Ihrem Ministerium die oben beschriebene Problematik des Drucks durch Dritte in Richtung Schwangerschaftsabbruch bekannt?
5. Welche Schritte erwägt Ihr Ministerium, um diesen Druck zu reduzieren?
6. Welche Hilfestellungen werden Frauen geboten, um Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden?
7. Welche Unterstützung wird Frauen/Familien im Falle einer Verdachtsdiagnose angeboten?
8. Welche psychologischen Hilfsangebote stehen Frauen in der Schwangerschaft zur Verfügung?
9. Welche psychologischen Hilfsangebote stehen Frauen, die einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen, zur Verfügung?
10. Wie argumentieren Sie die über die Fristenregelung hinausgehende Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs im Falle einer diagnostizierten Behinderung am Embryo mit Hinblick auf eine dadurch gegebene Diskriminierung gegenüber Menschen mit Behinderung?